

Beschwerde an das Bundes-Umweltministerium wegen Heizkostenverteuerung ab Juli

geschrieben von Admin | 8. Februar 2019

Betreff: Beschwerde an das Bundes-Umweltministerium wegen Heizkostenverteuerung ab Juli

Betrifft: Neue vorgesehene Verordnung von Bundes-Umweltministerin Schulze für Schornsteine und Kamine für Holz-, Kohle- und Holzpellets-Heizungen ab 1. Juli 2019. mit Verteuerung für ca. 1 Million Haushalte.

Sehr geehrte Frau Ministerin Schulze,

wenn Sie diese Verordnung wie geplant durchziehen, können Sie sich auf massive Beschwerden und Aktionen gegen Sie und auch die SPD, bei den kommenden Europawahlen und auch den 3 Ost-Landtagswahlen einstellen. Wenn die CDU das mitträgt, dann auch gegen diese Partei.

Nur für Ihre persönlichen Imagewünsche, sollen bis zu 1 Million deutsche Haushalte jeweils Aufwendungen und Mehrkosten für Umbauten von bis zu 5000,- Euro Zusatzkosten auf sich nehmen müssen. Dies auch noch völlig egal ob sie in einem städtischen Talkessel wie Stuttgart wohnen oder als einsames Einzelhaus in freier Natur. Das ist pure Willkür und typisch politischer Aktionismus ohne Maß, ohne Sinn und ohne Verstand!

Eine wirkliche Luftverbesserung findet damit nicht statt aber gerade die Menschen auf dem Land, mit wenig Einkommen und solchen Heizungsverteuerungen, werden damit massiv getroffen. Dazu erhöht das auch die Bau- und Wohnkosten in den Ballungsgebieten.

Auch in den Städten, wo man beklagt, daß die Wohnungsmieten mit den Nebenkosten immer teurer werden, was auch großteils die immer schärferen und ausbordenden Bauvorschriften mitverursacht haben, darf man dann offen sagen: „Die Umweltministerin hat das Bauen und Wohnen nochmals sinnlos und willkürlich verteuert“ dazu das auch der SPD deutlich als „Nicht-Gerechtigkeit“ auf den Tisch hauen. Gerade im Osten sind ländlich dann sehr viele Wähler von dieser Heiz-Verteuerung betroffen. Offenbar will die SPD noch mit aller Gewalt, ihre schon niedrigen Wählerstimmenerwartungen, extra mit Frau Schulzes Verordnung, noch weiter runterdrücken.

„Für viele Haushalte sind diese Vorgaben technisch nicht umsetzbar“, sagt der Bundesverband der deutschen Heizindustrie. Frau Schulze ist das offenbar egal. Auch die Schornsteinfeger und der Zentralverband „Sanitär-Heizung-Klima“ haben massiv interveniert. Ebenso die FDP-Bundestagsfraktion. Frau Schulze juckt das offenbar nicht und der Herr

Bundes-Wirtschaftsminister Altmaier scheint es so laufenlassen zu wollen.

Jetzt hilft nur noch massiver Protest, gerade bei den Europa- und Landtagswahlen. So eine Politik, die den Bürger stranguliert und künstlich ärmer macht, gehört bloßgestellt und abgeschafft.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Eisenkopf

Schulstr. 53

65594 Runkel